

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Initiativen für die kommunale Blackout-Vorsorge

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Gemeindeinvestitionen zur Blackout-Vorsorge als förderbare Investitionsprojekte im Kommunalinvestitionsgesetz 2020 aufgenommen werden, wodurch im Rahmen der eigenen Handlungsmöglichkeiten ua. Maßnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Falle eines überregionalen Stromausfalls erleichtert werden.

Begründung

Ziel des Kommunalinvestitionsgesetz 2020 ist es, kommunale Projekte in den Gemeinden im Sinne der Regionalität besser zu unterstützen, gleichzeitig werden damit Anreize für dringend notwendige Investitionen geschaffen. Zurzeit besteht keine Möglichkeit zur Einreichung von Projekten durch diese Bundesförderung, die der kommunalen Blackout-Vorsorge dient.

Die Gefahr eines langandauernden und überregionalen Stromausfalls ist allgegenwärtig. Das hat zuletzt auch der Vorfall am 8. Jänner 2021 deutlich veranschaulicht. Auch das Verteidigungsministerium rechnet in den nächsten fünf Jahren zu hundert Prozent mit dem Eintritt eines solchen Ereignisses. Die Folgen eines Blackouts wären schwerwiegend. Nicht nur die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern, sondern auch das Kommunikationssystem und der Großteil des öffentlichen Verkehrs sind von einer funktionierenden Stromversorgung abhängig. Selbst die Versorgung mit ausreichend Trinkwasser würde stark beeinträchtigt werden.

Es sind daher Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die eine ausreichende Trinkwasserversorgung im Blackout-Fall sicherstellen, was auch bei der bereits seit 15. Jänner 2020 laufenden Abstimmung zur Erstellung eines neuen Oö. Trinkwassernotversorgungsrahmenplans berücksichtigt werden soll.

Damit aber in erster Linie den Gemeinden die Möglichkeit geboten wird, in deren Zuständigkeitsbereich bestmögliche Vorbereitungen für den Krisenfall zu treffen, sprechen sich die unterzeichneten Abgeordneten dafür aus, im Kommunalinvestitionsgesetz 2020 auch die kommunale Blackout-Vorsorge als förderbares Investitionsprojekt zu ergänzen.

Linz, am 9. März 2021

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Nerat, Mahr, Handlos, Gruber, Bahn

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Raffelsberger, Hingsamer, Csar, Tausch, Kolarik, Froschauer, Scheiblberger, Ecker